

## Flüchtlingsunterbringung in Untergrombach

### Bürger-Info 02/2016 (24.05.2016)

Auf den Widerspruch und Antrag der Bürgerinitiative vom 12.05.2016 hat die Oberbürgermeisterin Frau Petzold-Schick vorab per E-Mail vom 20.05.2016 reagiert. Das dazugehörige Schriftstück zur Einsicht finden Sie [hier](#).

Aus den Aussagen der Oberbürgermeisterin lässt sich der aktuelle Sachstand wie folgt darstellen:

1. Die Stadtverwaltung sucht in Untergrombach 1 Standort für den Bau einer Gemeinschaftsunterkunft.
2. Die Stadtverwaltung wird die von der Bürgerinitiative genannten Standortoptionen „erneut bzw. neu prüfen“. Über das Ergebnis wird in einer Bürgerinformationsveranstaltung informiert, die im Juni 2016 stattfinden wird.
3. Sollte sich ein Standort gegenüber der Fläche „Walkartswiesen“ als „optimaler und geeigneter“ „herauskristallisieren“ würde sie diesen „selbstverständlich“ mit dem Gemeinderat neu diskutieren.
4. Landrat Dr. Schnaudigel wurde mit der weiteren Umsetzung des Gemeinderatsbeschlusses vom 03.05.2016 gebeten zuzuwarten, bis Alternativstandorte geprüft wurden.

Auch wenn mit diesen Aussagen unsere Oberbürgermeisterin stärker als bislang die ernsthafte Berücksichtigung von Bürgervorschlägen signalisiert, bleiben entscheidende Fragen unbeantwortet. Ob hier die angekündigte Bürgerveranstaltung Abhilfe schaffen wird, bleibt abzuwarten.

- Wie gehen die Stadtverwaltung und der Ortschaftsrat Untergrombach bei der Prüfung von Standorten vor?
- Was sind neben den Kriterien des Landkreises die konkreten Prüfkriterien der hiesigen Gremien für die „Güte eines Standorts“?
- Wie berechnet sich die Höhe an erforderlichen Unterbringungsplätzen für Asylsuchende in Untergrombach?
- Wie werden die derzeit massiv zurückgehenden Flüchtlingszahlen, beschleunigte, kürzere Asylverfahren, leer stehende Gemeinschaftsunterkünfte in der Umgebung, in die derzeitigen Planungen einbezogen?
- Warum sollen „Betonklötze“ mit 20jähriger Nutzungsdauer neu gebaut werden, wie es sie nirgends in der Region gibt?
- Warum wird die Umnutzung bestehender Immobilien oder der Einsatz von mobilen Lösun-

gen für die Unterbringung von Asylsuchenden derzeit so vehement abgelehnt?

- Wie stehen die politischen Entscheidungsträger dem entstandenen Eindruck auf Bürgerseite gegenüber, dass vordergründig rein finanzielle Interessen auf Investoren- wie auf Stadtverwaltungsseite über nachhaltige Interessen der Bürgerschaft hinsichtlich funktionierender Wohn-, Arbeits- und Lebensumgebungen, Infrastrukturen, gestellt werden?

Neben dem Schreiben der Oberbürgermeisterin hat auch Landrat Dr. Schnaudigel mit Schreiben vom 19.05.2016 zu den aktuellen Vorgängen Stellung bezogen. Das dazugehörige Dokument zur Einsicht erhalten Sie [hier](#).

Der Landrat erklärt, dass das Landratsamt schlussendlich die Vorschläge der Stadt Bruchsal zu Standortmöglichkeiten aufgreift. Ferner informiert er darüber, dass auf Bruchsal als größte Stadt im Landkreis Karlsruhe die größte Zahl von Unterkunftsplätzen fällt, die es zu schaffen gilt. Dr. Schnaudigel schreibt auch, dass weitere Gemeinschaftsunterkünfte notwendig werden, da das Gros der Unterkünfte -500 Plätze im Praktiker in Heildelheim und 250 Plätze in den Reis-Hallen im Stadtzentrum-nicht zur dauerhaften Unterbringung von Menschen geeignet sind.

Aus den vom Landrat genannten erforderlichen 750 Ersatz-Unterbringungsplätzen für Asylbewerber stellt sich die Frage nach der Lastenverteilung der zu schaffenden Plätze über alle Stadtteile (Büchenau, Helmsheim, Heildelheim, Untergrombach und Obergrombach) und die Kernstadt hinweg.

Im Hintergrund der aktuellen Einwohnerzahlen in Bruchsal (Statistik: [hier](#)) kommt der Stadtteil Untergrombach bei Zugrundelegung der Einwohnerzahl im Stadtteil (6.061), der Gesamteinwohnerzahl in Bruchsal (45.121) und der aktuell erforderlichen Zahl an Unterbringungsplätzen (750) auf maximal 100 Unterbringungsplätze für Asylbewerber, die er bereit zu stellen hat.

Warum sollte Untergrombach, wie die Planungen es offensichtlich vorsehen, die Lasten anderer Stadtteile mittragen? Es ist nicht zu akzeptieren, dass Stadtteile (v.a. Helmsheim, Obergrombach und Heildelheim) bei der Schaffung von dauerhaften Gemeinschaftsunterkünften nicht in die Pflicht genommen werden.

Vom Ortschaftsrat Untergrombach und dem Gemeinderat Bruchsal erwarten die Untergrombacher Bürgerinnen und Bürger, die Frage der verhältnismäßig „gerechten“ Lastenverteilung in den Gremien zu diskutieren und hierzu eine zu den örtlichen Gegebenheiten passende Lösung zu entwickeln.